

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 25

Artikel: Nicht wir schulden der Welt... : Zeitbild-Interview mit Imre Pozsgay
Autor: Pozsgay, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093046>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nicht wir schulden der Welt . . .

Fast zwei Jahre lang war Imre Pozsgay (57) beim Sturz des Kadar-Regimes die politische Schlüsselfigur in Ungarn. Sein Austritt jetzt aus der von ihm mitbegründeten Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) wird nicht nur in Budapest als der Beginn einer politischen Wende betrachtet.

Mit neuen Ideen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, und mit der Gründung einer neuen Partei für die stark benachteiligte nationale Mittelschicht will Pozsgay die Bevölkerung aus der Lethargie herausreißen, die in Ungarn auch nach dem Systemwechsel

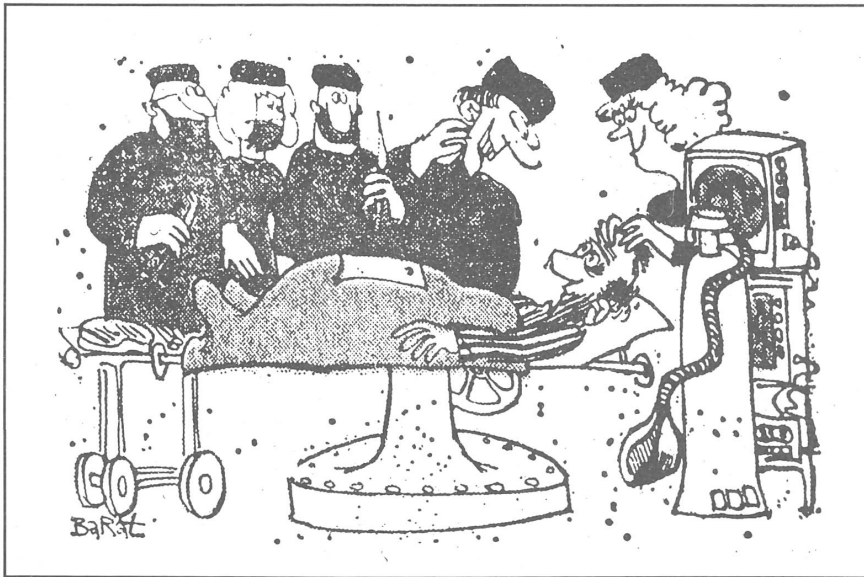
durch den ständig sinkenden Lebensstandard weit verbreitet ist. Seine Chance sieht er darin, dass zwischen den neuen Parlamentsparteien und dem Volk eine starke Kluft entstanden ist. Bei den ersten freien Gemeindewahlen Ende September blieben 63 % der durch ihre immer schlechter werdende wirtschaftliche Lage verbitterten Wahlbürger zu Hause.

Wie Pozsgay, der für viele Leute der neue Hoffnungsträger ist, sich sein «Comeback» als unabhängiger nationaler Politiker vorstellt, erklärt er in dem folgenden Gespräch mit unserem Mitarbeiter Joseph Pozsgai.

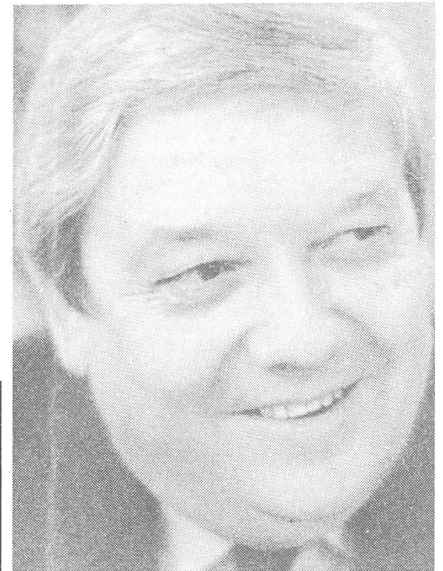
Warum sind Sie aus der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) ausgetreten? Was war der primäre Grund: das Programm dieser Partei oder der Gedanke der Gründung einer neuen Partei?

Das Programm. Die Notwendigkeit einer neuen Partei, der Anspruch darauf drängt sich heute noch nicht so sehr auf, dass es mich zu einer sofortigen Entscheidung gezwungen hätte. Zum Austritt hat mich meine persönliche Situation veranlasst.

Mit meinem Austritt wollte ich der USP vor den Wahlen, und davon gab es mehrere in diesem Jahr, nicht schaden. Aber nach den ersten freien Gemeindewahlen wurde für Anfang November der Parteikongress der USP einberufen. Als ein Heuchler daran teilzunehmen, neue Posten und Aufgaben zu übernehmen, um sie vielleicht schon nach einem Monat wieder abzulehnen, das alles wollte ich nicht. Das war meine ethische Überlegung.



6 Patient Ungarn: «Nur keine Angst, unsere neue GmbH gewährleistet die Auferstehung der Operierten.» («Budapester Rundschau»)



Das politische Motiv lieferte die Tatsache, dass die Blockade der Taxifahrer im Oktober eine dramatische politische Krise auslöste und die parlamentarischen Parteien kurz zuvor bei den Gemeindewahlen eine schwere Niederlage erlitten hatten. Dass 63 % der Wähler zu Hause blieben, ist eine dramatische Entwicklung in der ungarischen Politik. Und eine alarmierende Sache, wenn man bedenkt, dass die Parlamentsparteien die Gemeindewahlen zum wichtigsten Ereignis seit dem Systemwechsel erklärten.

Noch im vergangenen Jahr war Imre Pozsgay der ungarische Jelzin und der ungarische Walesa in einer Person. Warum haben Sie so schnell, also vor den ersten freien Parlamentswahlen, aufgegeben? Ein Neuanfang ist ziemlich schwer.

Der ist zweifellos nicht leicht. Aber ich wollte in der Zeit der pausenlosen politischen Abrechnungen nach dem Systemwechsel ein Beispiel geben, dass es auch eine andere Art von «Abrechnung» gibt, die persönliche Abrechnung mit uns selbst in Fragen der Irrtümer und Fehlgriffe des gestürzten Systems. Damit will ich aber nicht sagen, dass meine frühere Tätigkeit nur durch Fehler gekennzeichnet war. Nein, ich kann mich sogar glücklich schätzen, denn ich war ja Teilnehmer wichtiger Ereignisse in der Sache des Systemswechsels, zeitweise sogar der bestimmende Faktor. Trotzdem, ein «Comeback» ist ungemein schwer.

Sie haben schon im vergangenen Jahr nicht viel Gemeinsames mit der Sozialistischen Partei gehabt, deren Vorsitzender noch immer an der Nabelschnur von Marx schaukelte. Die Öffentlichkeit betrachtete Sie als einen unabhängigen, nationalen ungarischen Politiker. Auf dieser Basis haben Sie jetzt Chancen für den Neubeginn. Warum haben Sie sich nicht schon früher von dieser Partei distanziert?

Weil ich Hoffnungen auf diese Partei gesetzt habe. In erster Linie halte ich mich zwar für einen nationalen Politiker, aber ich meine, auch die Linke nimmt im europäischen Sinne einen wichtigen Platz im Leben einer Nation ein. Ich dachte, diese Partei würde die Fähigkeit haben, sich auf nationaler Basis zu entfalten und zu betätigen. Dann hätte ich einen Platz in dieser Partei gehabt.

Im letzten Jahr stellte sich jedoch heraus, dass die Sozialisten durch ihre Mitglieder allzu starke Bindungen zu ihrer Vergangenheit haben. Wenn ich die Existenzberechtigung der USP im Parlament nicht bestreite, ist heute für mich klar, dass diese Partei die von mir vertretenen Werte nicht zu verwirklichen und zu tragen vermag. Das sind die Argumente, warum ich es – manchmal um den Preis schlechter Kompromisse – unter den Leuten ausgehalten habe, mit denen ich für die Demontage der Staatspartei und des Parteistaates einiges geleistet habe. Diese Zeit ist nun vorbei. Ich muss handeln...

Was halten Sie von den Parteien im ungarischen Parlament? Keine von ihnen hat starke Beziehungen zu der Bevölkerung. Andererseits können die Koalitionspartner auch die anstehenden Regierungsaufgaben insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet kaum bewältigen. Das gilt ohne Vorbehalt auch für die Mehrheitspartei, für das Ungarische Demokratische Forum...

Ich glaube, das ungarische Parteiensystem ist trotz seiner Mängel das fortschrittlichste in Osteuropa. Die grösste politische Umgestaltung fand bei uns statt. Zugleich ist jedoch festzustellen: Während des früheren Regimes konnten nur von den oppositionellen intellektuellen angeregten Parteien entstehen. Das ganze heutige ungarische Parteiensystem kam durch solche ideologische Unterschiede zustande. Es ist früh geboren und geriet in einen Inkubator. Das ermöglichte eine rasche, aber auch eine isolierte Entwicklung. Hier habe ich denn auch einen Mangel entdeckt. Ich vermisse jene politische Kraft mit der Beteiligung der Gesamtgesellschaft, die ich als nationales Zentrum definierte. Dass die heutigen Parteien in der Bevölkerung kaum verwurzelt sind, kann bald schwere Probleme hervorrufen, weil es die Regierbarkeit des Landes gefährdet.

Die kommunistische Machtergreifung 1945 bis 1948 fegte in Ungarn die staatstragende Schicht hinweg, die gut oder schlecht das Rückgrat der Nation gebildet hatte – die Mittelklasse. Jetzt gibt es eine neue Mittelklasse. Sie ist aber sehr heterogen. Zurzeit gibt es keine selbstbewusste staatstragende Schicht, aber auch die Ideologie und die Leitfigur fehlen. Könnten Sie diese Aufgaben übernehmen?

Den Bedarf erkenne ich an. Ich akzeptiere, dass es heute eine solche Mittelklasse nicht gibt. Jene Mittelklasse wiederum, die im Volk tief verwurzelt ist, befindet sich in

einem desorganisierten Zustand. Zur politischen Stabilität braucht jede Nation eine solche staatstragende Schicht. Ich fühle mich berufen, am Zustandekommen einer solchen Mittelklasse mitzuwirken. Was aber die Bewegungen betrifft, da warte ich auf den Ruf. Ich möchte erreichen, dass nicht ich die Gesellschaft anspreche, sondern sie mich, damit ich dann auf den Ruf antworten kann. Das sage ich ohne jede Überheblichkeit. Im Gegenteil.

Die Koalitionsregierung von Ministerpräsident Antall wird voraussichtlich bald in wirtschaftlichen Fragen ohne kompetente Führungskräfte mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert sein, zumal der Lebensstandard der Bevölkerung ständig im Sinken begriffen ist. Was haben Sie in diesem Bereich in der Tasche?

Eine wirklich grosse Leistung wären hier Initiative und Mut. Zuerst müsste man die von dem abgeschafften Regime vererbte Denkweise energisch bekämpfen. Das Defizit im Staatshaushalt darf nicht weiter zu Lasten der Kaufkraft der Bevölkerung verringert werden. Vielmehr muss man auf jene verschwendeten Milliarden zurückgreifen, mit denen die ständig defizitären Staatsunternehmen finanziert wurden. Die andere Aufgabe ist die kontrollierte, aber dynamisch geführte Privatisierung der Staatswirtschaft und die Entwicklung einer neuen Unternehmerschicht aus der erwähnten Mittelklasse durch Gewährung ausreichender Kredite. Ausländische Unterstützung hierbei wäre zweifellos äusserst notwendig. Aber darauf zu warten und erst dann zu handeln, wenn das eintrifft, wäre eine schlechte Politik, die unter Umständen verhängnisvoll sein könnte.

Was halten Sie von den Auslandsschulden des Kádár-Regimes, von den 20 Mia Dollar, deren

pünktliche Rückzahlung die Regierung Antall bei ihrem Machtantritt leichtsinnig und vorbehaltlos versprochen hat, obwohl diese Kredite seinerzeit zu politischen Zwecken, zur Auflockerung des Ostblocks gewährt worden waren? Mit dem Systemwechsel haben diese Kredite ihre Aufgabe erfüllt. Die jährliche Last der Rückzahlung, immerhin gegen 3 Mia Dollar, knebelt die Regierung beinahe.

Das waren in der Tat politische Kredite, die grösstenteils stillschweigend mit staatlichen Garantien des Gläubigerlandes vergeben wurden. Diese Frage hätte man auf jeden Fall überdenken müssen. Wie diese Schuldenfrage behandelt werden müsste, davon habe ich zurzeit keine feste Vorstellung. Jeden guten Rat nehme ich gerne an.

Doch eine prinzipielle Frage will ich nicht verschweigen. Ich bin auch der Meinung: Nicht wir schulden der Welt, sondern die Welt schuldet uns. In Jalta sass nicht nur Stalin am Verhandlungstisch, sondern auch Roosevelt und Churchill. Für ihre dortige Abmachungen waren alle gemeinsam verantwortlich.

Und die andere Tatsache: 1956 gab es in Ungarn einen gewaltigen und blutigen Ausbruchversuch aus dem Ostblock. Seine Niederschlagung hatte der Westen mit seiner Zurückhaltung ermöglicht. Was hätte die westliche Welt dafür gegeben, wenn sie damals Osteuropa mit Geld aus dem Sowjetblock hätte herauskaufen können? Was man versprochen hätte, weiss ich nicht, aber heute will man nicht einmal einen Bruchteil dieser Summe zur Behandlung dieser Probleme zur Verfügung stellen. Diese Haltung scheint mir auch aus westlicher Sicht nicht gerade rational zu sein. Denn die Kosten zur Vorbeugung einer Krise sind immer wesentlich niedriger als die Kosten zur Bewältigung einer Katastrophe. ■

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 57.–
(Ausland sFr. 62.–/DM 73.–). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

19/90

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6